

1868.

Aber das allgemeine Tauschmittel schafft kein reiches Güterleben, denn dieses besteht in nichts als in Erzeugung und Verbrauch, wenn die Maschine nicht läuft, ist das Del nutzlos. Das spanische Güterleben ist das ärmste Europa's, nirgends wird verhält-

nismäßig so wenig verbraucht als dort, und doch ist der Geldreichtum des Landes der größte, Spanien hat den größten Varschatz der Welt.

Die Function des Geldes beim Tausch kann ersetzt werden durch jede einfache Anweisung des Käufers auf einen bestimmten Werth, welcher der Verkäufer Glauben beimißt und welche diesen Glauben verdient. So entstand der Wechsel. Der gewöhnliche Wechsel ist das „Papiergeld“ der Privaten, die Banknote das Papiergeld einer Gesellschaft, das Staatspapiergeld ist der Wechsel der Regierung. — Der größte Theil des Tausches, des Waaren- oder Güterverkehrs wird jetzt durch Wechsel gemacht, durch Wechsel der Privaten, der Gesellschaften, der Staaten, das Geld wird immer entbehrlicher. Oesterreich vermittelt zur Zeit bekanntlich seinen ganzen inneren Verkehr mittelst Staatswechsel, Anweisungen auf den Staat, Staatspapiergeld.

Der ganze ungeheure Irrthum von dem „activen“ und „passiven“ Handel, der Irrthum von der Natur, dem Zwecke, dem Werthe des klingenden Geldes ist dadurch bloßgelegt. In letzter Instanz muß mit absoluter Nothwendigkeit ein Consumtions-, ein Verbrauchsartikel gegen einen Verbrauchsartikel, Waare gegen Waare gegeben werden. Verkehr hat also zur Voraussetzung, daß man auch da verkaufen könne, wo man kaufen möchte.

Ein Staat, welcher durch Zölle den Verkauf erschwert, bindet damit auch den Kauf in gleicher Weise. Ein Staat, welcher seine Production durch Zölle schützt, und damit also den Verkehr mit dem Auslande verhindert, macht auch der eigenen Production das Auftreten auf dem Weltmarkte unmöglich.

Es ist ein weiterer, folgeschwerer wirthschaftlicher Irrthum, zu glauben, daß sich eine Industrie bloß durch die innere Concurrenz über eine gewisse bescheidene Grenze entwickeln ließe: Die inneren Verhältnisse eines Landes sind leicht übersichtlich, der Geschmack, die Bedürfnisse verwandte, die Verkehrsbeziehungen sind persönliche. Auf dem Weltmarkte fehlt dies alles. Für den Weltverkehr ist also eine außerordentliche Pünktlichkeit und Solidität, da sind vielseitige Kenntnisse, fortwährendes Studium der sich ändernden Verhältnisse erforderlich. Zollschutz hat daher wirthschaftliches Pfahlbürgerthum zur Folge.

Der Zollschutz soll die vaterländische Arbeit schützen; die Preissteigerung der Waare durch Zölle ist darum um so größer, je mehr Arbeit auf das Product verwendet worden, je kostbarer das Gut, je mehr es also in ein Luxusgut umgewandelt ist. Die Tendenz des Zollschutzes ist also dahin gerichtet, eine Luxusindustrie zu erzeugen.

Wie die Bildung einer Nation aber nicht nach der geistigen Höhe der Genies, welche sie hervorbringt, sondern nach der Durchschnittsbildung, der Bildung der Massen gemessen werden muß, wie der Wohlstand einer Nation nicht nach der Größe der kolossalen Vermögen bestimmt werden darf, welche einzelne besitzen, sondern nach der Höhe des Vermögens und dem Umfang der Mittelklasse, so ist auch die Industrie nur dann eine wohlthätige, hochstehende, wenn sie Massen von mittleren Werthen erzeugt. Die wirthschaftlich tiefstehendsten Länder erzeugen hohe Luxusindustrie neben Industrie der Rohproducte; die Mittelklassen der Production fehlen. In der Bevölkerung steht diese Armut, ein Minimum von Bedürfnissen, der höchsten Verschwendung gegenüber. Der eine Theil hat kaum das trockene Brot, der andere lebt von den ausgesuchtesten Delicessen. Das Huhn im Topfe eines jeden, das ist die wahre Wohlfahrt.

Gleiches gilt von der Industrie; jene Industrie zeugt allein für ein gesundes, wirthschaftliches Leben, welche auf massenhaften Consum von Artikeln mittlerer Güter berechnet ist, welche den Bestand einer zahlreichen, wohlhabenden Mittelklasse der Bevölkerung zur Voraussetzung hat.

Der Schutz Zoll kann eine solche Industrie nie erzeugen. Oesterreichs ganzes wirthschaftliches Leben, sowie die industrielle Entwicklung des bis in die jüngste Zeit specifisch schutzöllnerischen Frankreichs liefert einen Beweis dafür.

Wir erzeugen Massen von Rohproducten, welche nur gering von Werth sind und zum Austausch nur die wohlfeile Fracht vertragen; daneben liegt eine Industrie, welche es den höchsten Leistungen der Pariser Luxusindustrie gleichthut. Wir produciren die feinsten und die schlechtesten Weine der Welt, die guten Mittelorten fehlen.

Gleiches gilt von Frankreich. In kostbaren Geweben in Seide und Leinen; Wolle und Baumwolle, steht Frankreichs Industrie allen voran; das Mittelgut in Leinen, Baumwolle, Tuch, Seide liefert das freihändlerische England viel besser.

Die Nachtheile einer solchen Production ohne mittlere Werthe zeigt sich namentlich in ihrer Beziehung zu den modernen Verkehrsmitteln. Eisenbahnen und Dampfschiffe können nur rentiren beim massenhaften Transporte von Waaren, welche eine mittlere Fracht ertragen. Für Rohproducte ist die Dampffracht zu theuer, Luxusproducte sind nicht in genügender Masse zu transportiren.

Eine fernere nachtheilige Folge der Schutzollpolitik ist die davon getragene Tendenz, die Arbeitslöhne zu drücken. Der Schutz, der Mangel an der Anregung, an der Bildung, welche der Weltmarkt verleiht, löst überall zu dem letzten Mittel greifen, um die Kosten der Production zu mindern. Eines der kurzschichtigsten ist die Herabsetzung der Löhne. Jeder Mensch braucht ein gewisses Minimum zur Erhaltung seines Körpers, nur was er darüber consumirt, kann er als Kraft auf Production ausgeben. Wir wollen jenes Minimum Erhaltungslohn, das Mehr Productionslohn nennen. Der zweifache Erhaltungslohn unter zwei Arbeiter vertheilt, gibt noch keine Production, der doppelte Erhaltungslohn an einen Arbeiter gegeben, macht dagegen den einen Erhaltungslohn zum Productionslohn. — Also ist es wirthschaftlich, hohe Löhne zu zahlen, aber dafür auch viel Arbeit zu fordern. Nur in Freihandelsstaaten hat man sich bisher von dieser Wahrheit überzeugt.

Die Schutzollpolitik ist daher ein Unrecht, denn sie macht die Arbeit unfrei und ist gegen die Gleichheit vor dem Gesetze; sie ist eine Verschwendung, denn sie kostet den besteuerten Consumenten mehr, als sie dem industriellen Steuerempfänger einbringt; sie ist unwirthschaftlich, denn sie nützt vor allem der Luxusindustrie, welche die für den Volkswohlstand werthloseste Industrie ist; sie ist verdummend, denn sie entzieht den Industriellen der Schule des Weltmarktes; sie ist inhuman, denn sie treibt zur zweckwidrigen Ausbeutung des Arbeiters.

126. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 9. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Fürst Auersperg, Dr. Herbst, Dr. Brestel, v. Plener.

Am letzten Tage Meines Lebens Bericht erstatten. Namentlich — schärfte er mir ein — „werden Sie Meiner Mutter berichten, daß Ich Meine Pflicht als Soldat erfüllt, und daß Ich als guter Christ gestorben bin.“

Der Wachofficier, der zugleich das Executions-Piquet commandirte, bat unter Thränen den Kaiser um Verzeihung. „Sie sind Soldat,“ erwiderte ihm der Kaiser, „und müssen Ihre Pflicht erfüllen.“

Es wurde drei Uhr und niemand erschien, um die Verurtheilten abzuholen. Eine volle Stunde bis vier Uhr erwartete der Kaiser mit den beiden Generalen auf dem Corridor den Befehl, der sie auf die Richtstätte rief.

Ungezwungen, heiter, ganz wie in den Tagen seines Glückes brachte der Kaiser diese Stunde im Gespräch mit den Geistlichen, den anwesenden Verteidigern Ortega und Vasquez zu. An mich wendete er sich noch mehrmals, gab mir neue und wiederholte seine früheren Aufträge. Als letztes Angedenken an seine Freunde trug er mir Grüße auf an Fürst und Fürstin Salm, Pitner, Schaffer, Grüner, Gröfner und Bilimek.

Um vier Uhr endlich kam Oberst Palacios, ein Blatt Papier in den Händen schwingend. Es war ein Telegramm von der Regierung in San Luis Potosi, in welchem den Verurtheilten der Aufschub der Urtheilsvollstreckung auf Samstag den 19. angezeigt wurde.

„Das ist hart,“ meinte der Kaiser, als Palacios das Telegramm vorgelesen, „denn ich hatte jetzt schon ganz mit der Welt abgeschlossen.“

In mir erwachte ein Hoffnungschimmer für die Begnadigung, um so mehr, als Officiere, mit denen ich sprach, der festen Ansicht waren, daß dieser Aufschub so viel wie Aufhebung bedeute.

Der Kaiser verhielt sich dieser Hoffnung gegenüber ganz gleichgültig. „Komme, was da wolle! Ich gehöre nicht mehr dieser Welt an,“ war sein Ausspruch, und all sein Denken und Thun während der Tage vom 16. bis 19. war in Harmonie mit dieser hehren Resignation.

Täglich kam Padre Soria, und der Kaiser bemerkte mir: „Ich habe mit meinem Beichtvater die Rolle getauscht, ich muß ihn trösten, damit der arme Mann den Muth nicht verliert.“

Wir übergehen, was der Verfasser von den folgenden Tagen erzählt.

Am 19. Morgens, dem Todestage des Kaisers, übergab ihm dieser zum zweiten mal seinen Trauring mit den Worten: „Das werden Sie Meiner Mutter bringen.“

Um halb sieben Uhr kam Oberst Palacios, erzählt der Verfasser weiter. Der Kaiser trat in die Mitte der Wachmannschaft, welche nun die Escorte bildete, ich begleitete ihn bis an die Treppe, dort reichte er mir mit leichtem Kopfnicken und freundlichem Lächeln nochmals die Hand, ich versuchte zu folgen, meine Kräfte verließen mich, ich konnte nicht —

Gegen acht Uhr kam Oberst Palacios zurück, man sah ihm an, daß er mühsam die Erschütterung unterdrückte, die sich seiner bemächtigt hatte, er reichte mir die Hand und sagte mit gepreßter Stimme: „Era una alma grande — es war eine große Seele.“

Präsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Debatte über das Gesetz, betreffend den Verkauf von unbeweglichem Staatseigenthum.

Es meldet sich zum Wort

Abg. Mende: Man sagt, der Staat ist ein schlechter Geschäftsmann, er soll keine Landwirtschaft, keine Industrie betreiben. Dieser Satz scheint ihm jedoch auf die Rohproduction nicht anwendbar. Er findet weiter die Schätzung namentlich der Montanwerke zu tief gegriffen. Wenn man behauptet, daß der Staat ein schlechter Fabrikant oder Industrieller sei, so könnte man auch mit größerer Bestimmtheit den Satz aufstellen, daß er ein unglücklicher Verkäufer sei.

Wenn der Staat noch so schlecht wirthschaftet, ist der Nachtheil doch nicht so groß, als der Nachtheil, den der Verkauf bringt, namentlich dadurch, daß die Eisenwerke in die Hände ausländischer Gesellschaften gelangen. Redner ersucht daher den Finanzminister, bei dem Verkaufe von Eisenwerken vorsichtiger zu Werke zu gehen, besonders aber solche ausländischen Gesellschaften nicht zu überlassen.

Abg. Stieger erklärt sich gegen den Verkauf von Montanwerken, ebenso gegen den Verkauf der Salzburger Cameralforste. Jetzt sei gerade der ungünstigste Moment zum Verkaufe vorhanden. Er beantragt: es seien von den Salzburger Cameralforsten alle jene vom Verkaufe auszuschließen, welche aus climatischen Rücksichten nothwendig sind oder zur Erhaltung der Production des Landes dienen.

Graf Dürkheim schließt sich dem, was gegen den Verkauf von Staatsgütern vorgebracht wurde, vollständig an. Für den Fall aber, daß der Verkauf doch bewilligt wird, beantragt er, das hohe Haus wolle beschließen: die Regierung habe den Verkauf der zur Veräußerung votirten Staatsgüter in Offertwege u. z. einzeln vorzunehmen. (Unterstützt.)

Da sich sonst niemand zum Wort meldet, wird die Debatte über § 1 geschlossen.

Finanzminister Brestel: Zudem sich die Regierung entschlossen hat, einen Theil der Staatsgüter zu veräußern, so hat sie sich nur an einen in der früheren Session gefaßten Beschluß gehalten. Es ist niemals im Interesse des Staates gelegen, selbst zu verwalten. Diese Frage ist eigentlich schon entschieden und jetzt handelt es sich nur darum, sollen noch die Reste der in Händen des Staates sich befindlichen Güter verkauft werden? Der Vortheil, der durch den Verkauf erzielt wird, ist ein unzweifelhafter, denn jetzt ist der Besitz ein passiver. Die wirthschaftlichen Einwürfe gegen den Verkauf halte ich nicht für stichhaltig.

Was die einzelnen Ausnahmen betrifft, die beantragt werden, so bemerke ich, daß auch die Regierung mehrere galizische Güter, namentlich die Salinen auszuschließen wünschte, daß sie aber auf Wunsch des Budgetausschusses von ihrem ursprünglichen Antrage abstand.

Hinsichtlich der Salzburger Güter hat die Regierung schon dadurch eine Ausnahme gemacht, daß sie eben nur die Cameralforste zum Verkauf bringen, die Montanwerke aber ausgeschlossen haben will.

Gegen den Verkauf von Eisenerz hat sich im Ausschusse keine Einwendung erhoben, der Verkauf ist schon deshalb geboten, weil das Werk ein großes Capital bedarf, dieses aber dort zu verwenden der Staat jetzt nicht in der Lage ist. Der Beschluß, die Werke nur an Inländer zu verkaufen, wäre unthunlich und außerdem auch unzweckmäßig. Der Inländer könnte ja doch das Gut dann weiter an Ausländer verkaufen und es würde ihm dadurch nur eine Provision verschafft werden.

Der Verkauf der Forste der Staatsgüter ist im Interesse des Staates geboten und ich empfehle ihnen daher die Ausbuhuanträge zur Annahme.

Berichterstatte Abg. Vanhans widerlegt die gegen den Verkauf einzelner Güter gemachten Einwürfe. Was den Antrag des Abg. Stieger betrifft, so habe der Ausschuss das von ihm aufgestellte Princip bereits berücksichtigt und in Folge dessen alle Güter ausgeschlossen, deren Verkauf dem Lande zum Schaden gereichen könnte. Uebrigens sei der Verkauf der Cameralforste bereits im Jahre 1865 vom Hause beschlossen worden, ohne daß sich der Landesauschuss dagegen ausgesprochen hätte. Redner erklärt sich auch gegen den Antrag des Abg. Graf Dürkheim, weil er ein Eingriff in die Executive und zugleich auch gefährlich sei, indem er die Regierung bindet. Schließlich beantragt Redner die unveränderte Annahme der Ausbuhuanträge.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Da Abg. Ziemialkowski gegen den Verkauf der galizischen Güter Verwahrung eingelegt, wird über diese getrennt abgestimmt. Der Verkauf der vom Ausschusse vorgeschlagenen Güter wird angenommen. Der Antrag des Abg. Schindler dagegen, auch das ursprünglich von der Regierung beantragte Niepolomice in den Verkauf einzubeziehen, wird mit 73 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Der Verkauf der übrigen Domänen und Forste, der Montanwerke, Dicafterial-Gebäude und Industrie-Unternehmungen wird gleichfalls nach dem Antrage des Ausschusses bewilligt. Der Antrag des Abg. Stieger wird angenommen, der des Abg. Gf. Dürkheim da-

gegen abgelehnt. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden hierauf ohne Debatte unverändert angenommen und das ganze Gesetz sogleich in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Nächster Gegenstand ist der Bericht des Budgetausschusses über das Gesetz, betreffend die Aufnahme einer schwebenden Schuld im Betrage von 20 Millionen Gulden.

In der Generaldebatte ergreift das Wort

Abg. Graf Dürckheim: Durch die bisher gefaßten Beschlüsse sind nur halbe Maßregeln getroffen und der Regierung die Mittel nicht in vollem Maße gewährt worden, um in fortschrittlicher, productiver Weise vorgehen zu können. Er hätte es am zweckmäßigsten gehalten, die Regierung zur Ausgabe von auf Silber lautenden Cassenrentenscheinen u. z. im Betrage von 70 Millionen zu ermächtigen. Redner verzichtet jedoch darauf, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Es meldet sich sonst niemand zum Worte, und wird das Gesetz unverändert angenommen.

(Zwischen ist in der Hofloge Prinz Napoleon in Begleitung des Votischasters Grammont erschienen.)

Es folgt der Bericht des Finanzausschusses über das Gesetz, betreffend die Abänderung des § 13 der Wiener Börsenordnung.

Auch dieses Gesetz wird ohne Debatte unverändert angenommen und in dritter Lesung beschloffen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Ausschussbericht über den mit England abgeschlossenen Schiffsfahrtsvertrag.

Der Ausschuss (Berichterstatte Abg. Scrinzi) beantragt den Vertrag en bloc zu genehmigen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Letzter Gegenstand ist der Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung der Bestimmung des § 61 a. b. G. in Bezug auf die Erbfolge in Bauerngüter und die Aufhebung des Bestiftungszwanges.

Auch dieses Gesetz wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß der Sitzung halb zwei Uhr. Nächste Sitzung morgen.

Regierungsvorlagen an den Reichsrath und die Landtage.

Wien. Das „Neue Fremdenblatt“ theilt die Gesetzentwürfe mit, welche das Ministerium des Innern während seiner Amtstätigkeit ausgearbeitet und nächstens dem Reichsrath und den Landtagen vorlegen wird. Außer der politischen Organisation, dem Gesetze über directe Wahlen und über die Kinderpest, welche bereits vom Reichsrathe angenommen wurden, gelangen zur Vorlage: Durchführung des Artikels IV über das Wahlrecht erfordert nicht weniger als neununddreißig Gesetze, die sämmtlich für die Landtage vorbereitet sind. Gesetzentwürfe über Theilbarkeit von Grund und Boden für alle Länder des Reichsraths. Für Galizien insbesondere ein Gesetz über Präklusivfristen für Anmeldung der Grundentlastung und der liegenden Schuldigkeit. Gesetzentwurf, betreffend Kosten der Grundlastablösung und Regulierung, Gesetz, betreffend Abänderung der Landtagswahlordnung; Ausschließung vom Wahlrecht, Verlust des Mandats bei strafrechtlicher Verurtheilung, Suspendirung der Abgeordneten in strafgerichtlicher Untersuchung. Für Istrien über Zusammenlegung und Trennung von Ortsgemeinden. Verhandlungen mit dem ungarischen Ministerium wegen gemeinschaftlicher Bestimmungen in Staatsbürgerrechten. Gesetz für Böhmen über Industrial-Bauten. Bau-Ordnung für Mähren, für Tirol, für einzelne Städte. Gesetzentwurf über Theilnahme von Juden bei der Gemeindevertretung, über Abschaffung des politischen Eheconsenses. Reorganisation des Wiener Spitaldienstes. Gesetz für Actiengesellschaften und Associationen. Entscheidungen bezüglich der Schankgewerbe, über vorkommende Gesuche um Grundvertheilungen. Verhandlungen im Ministerium über die Auscheidung aller Fonds aus der Administration der Statthaltereien, um anderen Körperschaften, denen sie übertragen werden können, wie Communen und Landesauschüssen, überwiesen zu werden. Verhandlungen über Vereinfachung des Geschäftsganges. — Im Zuge ist ferner die Excamerirung der Straßen und die Frage der Donauregulierung.

Eine Petition gegen das neue Tarifgesetz.

Der Kampf, welcher im Abgeordnetenhaus gegen das neue Gesetz zur Regelung der Eisenbahntarife geführt wurde, ist noch nicht beendet; er wurde neuerdings aufgenommen, und zwar von einer Seite, der man das Recht, in dieser Sache ein Wort mitzusprechen, nicht in Abrede stellen kann. Drei Eisenbahngesellschaften, die Südbahn-, Staatsbahn- und Nordbahngesellschaft, haben eben eine Petition an das Herrenhaus gerichtet, in welcher sie in scharfer, fast zu scharfer Weise gegen das neue Gesetz auftreten. Die genannten Gesellschaften bestreiten geradezu das Recht des Staates, in der vorliegenden Frage selbständig zu entscheiden, sie berufen sich auf ihre verbrieften Rechte und verlangen Freiheit der Entschließung, indem sie gleichzeitig ihren guten Willen

documentiren, den berechtigten Forderungen von Handel und Industrie entgegenzukommen.

Die Kundgebung, deren ziemlich umfangreicher Wortlaut uns vorliegt, macht auf uns den Eindruck eines Protestes, den man erhebt, nicht um eine Entscheidung zu seinen Gunsten herbeizuführen, sondern einfach deshalb, weil man in einer Frage, die das eigene Interesse berührt, „anstandshalber“ nicht ganz schweigen kann. In diesem Sinne betrachtet, ist der Petition auch jene große Bedeutung nicht beizulegen, zu welcher die Gegner der Tarifreform sie gerne erheben möchten. Wir stehen hier vor einer Frage, die eine prägnante Entscheidung eigentlich gar nicht zuläßt. Das Recht der Eisenbahngesellschaften, ihre Tarife zu bestimmen, ist unbestreitbar, es ist ein Privatrecht; aber das Eisenbahnwesen selbst muß, da das öffentliche Interesse innig damit zusammenhängt, eine so eminent öffentliche Angelegenheit genannt werden, daß daraus sogar die Pflicht der Regierung erwächst, den Eisenbahnbetrieb zu überwachen und dort, wo er der Entwicklung des Verkehrs hindernd entgegentritt, vermittelnd oder auch anordnend einzuschreiten.

Die Petition sagt, daß weder das Gesetz selbst, noch die Motive, welche für dasselbe geltend gemacht wurden, sich auf irgend eine Bestimmung des positiven Rechtes berufen, nur die Rücksicht auf das allgemeine Wohl, auf das Interesse der Gesamtheit, sei zur Begründung der angeordneten Gewalt angeführt worden. Das ist allerdings richtig, aber man wird auch zugestehen müssen, daß diese Begründung mehr als hinreichend ist, um ein Gesetz zu rechtfertigen, welches die Regierung ermächtigt, im Wege des gütlichen Uebereinkommens Bestimmungen abzuändern, die auf dem Verlehen lasten und somit das Interesse der Gesamtheit schädigen. Die „angedrohte Gewalt“ — und gegen diese namentlich tritt die Petition wiederholt und scharf auf — wird man in diesem Falle kaum buchstäblich nehmen dürfen. Es wird damit allerdings eine Pression ausgeübt, und wenn der gute Wille wirklich vorhanden ist, dessen sich die Petenten mehr als einmal rühmen, dann wird es eben auch ohne Gewalt gehen.

Unser Handel und unsere Industrie sind mit dem Fall des Schutzollsystems plötzlich auf eine Bahn gedrängt worden, auf der es sich um einen Existenzkampf handelt; wer da um Principien streitet, der verkennt das Gefährliche der Situation. Wir geben es gerne zu, daß die petitionirenden Gesellschaften, wie sie hervorheben, immer mehr und mehr mit den Tarifen herabgegangen sind, weil es eben in ihrem eigenen Interesse lag; wir wollen auch ihr Versprechen, daß diese Bewegung noch nicht ihr Ende erreicht habe, als aufrichtig hinnehmen, aber wir müssen dennoch bekennen, daß wir uns mehr zu dem Standpunkt der Regierung hinneigen, die Handel und Industrie im Concurrenzkampf sofort unterstützen muß und nicht warten darf, bis man ihr mit vielleicht doch nur halben Concessionen entgegenkommt. „Derweil der Hafer wächst, stirbt das Pferd“, der Satz, den seinerzeit der Handelsminister für das Tarifgesetz geltend gemacht, ist unbestreitbar. (Wr. G.-Ztg.)

Oesterreich.

Wien, 8. Juni. (Bezüglich der Dauer der Reichsraths-session) ist man in Abgeordnetenkreisen der Ansicht, daß der vorliegende Stoff nicht vor drei Wochen beiläufig wird aufgearbeitet werden können und daß daher der Reichsrath erst zu Ende des laufenden Monats den Landesvertretungen das Terrain überlassen können. Das Wehrgesetz wird vor der Vertagung nicht mehr an die Reihe kommen. Dasselbe wird dem Hause wohl noch im Laufe der nächsten Tage, vermuthlich nach vollständigem Abschluß der Budgetdebatten, vorgelegt werden. Während der Vertagung wird dann der Gesetzentwurf in der Commission durchberathen werden und zu Beginn der Herbstsession vor das Plenum gelangen. — Der Landesvertretungen warten nicht weniger als 101 Gesetzesvorlagen. Es scheint daher wohl begreiflich, daß der Zusammentritt der Landtage unmöglich länger hinausgeschoben werden kann. Zudem ist es sicherlich die höchste Zeit, daß die Landesbudgets zur Feststellung kommen.

(Den neuesten Bukarester Nachrichten) zufolge sind die obschwebenden Differenzen auf bestem Wege zu einer definitiven und befriedigenden Lösung. Das einträchtige Vorgehen der Westmächte an der Seite Oesterreichs scheint nicht wirkungslos geblieben zu sein, und legt nun die rumänische Regierung die besten Dispositionen an den Tag, den Forderungen Oesterreichs in allen Punkten sowohl hinsichtlich der dem österreichischen Generalconsul zu ertheilenden vollständigen Satisfaction, als auch in Betreff der Entschädigungsfrage und des den österreichischen Staatsangehörigen in Zukunft zu gewährenden Schutzes — rückhaltlos zu entsprechen.

9. Juni. (Se. kais. Hoheit der Prinz Napoleon) hat gestern das Arsenal und das k. k. Ambrazer Cabinet, heute, geleitet von Sr. Excellenz dem Herrn Oberstallmeister G. v. E. Grafen Grünne, der gestern von Kladrub hier eingetroffen, die kaiserlichen Stallungen, sodann die k. k. Gemäldegalerie im Belve-

re, wo sämmtliche Wasserfontänen sprangen, besichtigt. Se. k. Hoheit nimmt heute wieder an der Postafel in Schönbrunn Theil. Se. Excellenz der Herr Reichstanzler gibt zu Ehren des Prinzen am Donnerstag ein großes Diner. In Poxenburg wird, wie wir hören, nach einem Gouter eine Pirutschade stattfinden. Der Prinz bleibt, wie es heißt, bis Samstag in Wien und soll auch einen Abstecher nach Prag machen wollen.

9. Juni. (Confessioneller Ausfluß.) In der gestrigen Sitzung des confessionellen Ausschusses wurde der Entwurf eines Gesetzes über gemischte Ehen in dritter Lesung genehmigt, so daß diese Angelegenheit demnächst im Hause zur Verhandlung gelangen kann. Abg. Dr. Figuly erstattete sodann sein Referat über die von der jüdischen Landesgemeinde in Böhmen, betreffend die Fährung der jüdischen Matrikel durch die katholischen Pfarrer, eingebrachte Petition, indem er einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorlegte, zugleich jedoch beantragte, der Ausschuss wolle sich zunächst die Ermächtigung, beziehungsweise den Auftrag des Hauses erwirken, einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Bezüglich einer Petition von Befennern der griechisch-orientalischen Kirche in der Bukowina um Erlassung von Special-Gesetzen zur Durchführung der griechisch-orientalischen Kirche in den Staatsgrundgesetzen gewährten Autonomie, wurde beschloffen, im Hause zu beantragen, denselben dem Ministerium zur geeigneten Würdigung abzutreten.

9. Juni. (Neue Steuervorlagen.) [N. Fr. Pr.] Freitag oder Samstag wird der Finanzminister Dr. Bresel im Sinne des vom Abgeordnetenhaus gefaßten Beschlusses die Vorlagen wegen Deckung des Deficites im Wege der Besteuerung vor das Haus bringen. Der Ministerrath ist, wie wir hören, gestern noch über die Vorlagen schlüssig geworden, und es wird geschehen, was wir vorhergesagt haben: die neuen Vorlagen werden genau den Anträgen der Minorität des Budget-Ausschusses entsprechen. Also Wiedereinführung des Einzwölftel-Zuschlages zur Grundsteuer und des Einviertel-Zuschlages vom Ordinarium der Hausclassesteuer, Erhöhung der Erwerb- und Einkommensteuer, Einführung einer Luxussteuer.

Rusland.

Berlin, 8. Juni. (Reichstags-sitzung.) Es beginnt die Generaldiscussion über das Budget. Auf verschiedene Anfragen erklärt v. Delbrück, das Gesetz betreffend die Bundesrechnungsbehörde werde demnächst vorgelegt werden, ebenso die dringenden Bestimmungen aus dem Bundesbeamtengeetze; was die Beschränkung der Marine anbelangt, so habe die Regierung so verfahren müssen, wie sie verfuhr, der Anleiheweg war nothwendig geboten, der Budgetweg ging nicht an; übrigens hätten die Bundesregierungen die äußerste Fürsorge für die Entwicklung der Marine getroffen. Die Generaldiscussion wurde geschlossen. Morgen beginnt die Specialdiscussion.

Paris, 8. Juni. (Im gesetzgebenden Körper) erklärt der Minister des Innern, Pinard, bei Verlesung des Protokolls gegen gewisse Behauptungen Oliviers, daß zwischen ihm und seinen Mitarbeitern vollständiges Einvernehmen herrsche. Die Gesamtheit der Regierung bilde eine Einheit, welche vom Kaiser ihren identischen Impuls empfangt. Rouher leugnet, daß er sagen wollte, die Wahlen werden noch in diesem Jahre stattfinden.

St. Petersburg, 9. Juni. (Rundschreiben.) Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff betreffend den Bericht des Kriegsministers über die Explosionsgeschosse. Der Kaiser betrachtet es als seine Pflicht, das Elend des Krieges möglichst zu vermindern, und stimmt den Ansichten des Kriegsministers in Betreff der Unzulässigkeit der Anwendung von Sprenggeschossen gegen lebendige Objecte bei. Der Kaiser befiehlt den diplomatischen Vertretern Rußlands, eine Convention aller Staaten in diesem Sinne anzuregen.

Tagesneuigkeiten.

Zum dritten deutschen Bundeschießen.

Die Aufrufe, mit denen das Centralcomité für das dritte deutsche Bundeschießen in Wien bisher zur lebhaften Betheiligung an dem im Juli d. J. stattfindenden Feste eingeladen hat, waren zunächst an die deutschen Schützen und Stammesgenossen gerichtet.

Die Feststadt Wien wird jedoch nicht allein die Schützen, sie wird alle, die aus der Heimat und Fremde zu diesem Feste heranziehen werden, als ihre Ehrengäste freudig begrüßen und alles aufbieten, um dieselben in würdigster Weise zu empfangen und zu ehren.

In diesem Sinne richten wir denn auch unseren Gruß und Ruf an alle, die im Festorte Wien den Bürgern des in der politischen Freiheit wiedererstandenen Oesterreichs die Hand zum Gruße reichen wollen.

Willkommen und im voraus als liebe Gäste herzlich begrüßt, sind uns die Vertreter aller Gesellschaftsklassen, die Männer der Gesetzgebung und der Rednerbühne, der Kunst und Wissenschaft, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels.

Dieser Willkommgruß soll weit über die deutschen Grenzmarken hinausdringen, über die Meere hinweg zu allen Nationen der civilisirten Welt; und wir werden in ihren Sendboten zum Feste die Botschaft finden, daß ein Band der Liebe und Eintracht alle Völker der Erde verbinden könne.

Keine politische Schranke und nicht die verschiedene Sprache trennt uns von den Stammverwandten und Fremden, die bei dem dritten deutschen Bundesfeste erscheinen werden, und wir hoffen zuversichtlich, daß die innigste Verständigung mit Allen beim Feste zu bündeltem Ausdrucke gelangen wird.

Möge das Fest des dritten deutschen Bundesfests in Wien ein Fest der Verbrüderung für alle sein und bleiben, die sich dabei mit freudigem Herzen und mit frischem Geiste zusammenfinden.

Das Centralcomité und das Precomité für das dritte deutsche Bundesfest.

— Die erste Spazierfahrt Ihrer Majestät der Kaiserin hat, wie der „P. Lloyd“ berichtet, am 6. d. M. Nachmittags stattgefunden. Ihre Majestät fuhrten in Begleitung Ihrer Majestät der Königin Marie von Neapel in geschlossener Equipage in das Pester Stadtwäldchen und wurden von der zahlreich versammelten Volksmenge auf das herzlichste begrüßt.

Locales.

— (Die Frohnleichnamsp procession) war gestern theilweise durch ungünstiges Wetter gehindert, so daß sie nur in der Tirnauer und St. Petersvorstadtsparte im Freien stattfinden konnte. In der Dompforte unterließ demzufolge der Ausgang und wurde die kirchliche Feier und respective das Hochamt von Sr. kaiserlich-königlichen Gnaden in der Kirche celebrirt, welchem die Civil- und Militärautoritäten beiwohnten, während die Hauptmomente der kirchlichen Feier durch Salven einer vor der Domkirche in Parade aufgestellten Compagnie des Infanterie-Regiments Graf Hopy Nr. 79, und Kanonenschüsse vom Castellberge bezeichnet wurden.

— (Ernennung.) Herr Jakob Lukan, gegenwärtig Secundararzt und Assistent im hiesigen Krankenhaus, kommt als t. l. Bezirksarzt nach St. Veit bei Sittich.

— (Die Verlosung) der aus Anlaß der letzten Kunstausstellung zum Vortheile der Subscribenten gewidmeten Prämien, bestehend in der allgemein bewunderten Gebirgslandschaft des Wanders Kirchner und drei Kunstblättern, findet kommenden Sonntag statt.

— (Landwirtschaftsgesellschaft.) In der Sitzung des Ausschusses vom 7. d. M., welcher von auswärtigen Mitgliedern die Herrn Ritter v. Gutmannsthal und R. Seitzner beizubeten, wurde beschlossen 1. die Gesellschaft bei der Versammlung deutscher Forst- und Landwirthe in Wien (31. August bis 5. September) durch Herrn Josef Seunig vertreten zu lassen; 2. die statutenmäßigen Wanderversammlungen heuer durch Ausflüge nach Obertraun, Untertraun und Innertraun ins Leben zu rufen und 3. den Beschluß der Handels- und Gewerbelammer auf Errichtung einer Landesfeuerversicherungsanstalt möglichst zu fördern; 4. wurde der vom Herrn Ritter von Gutmannsthal ausgearbeitete Entwurf der Einladung zu den neu organisierten Gesellschaftsfamilien genehmigt. Endlich wurden 6 neue Mitglieder aufgenommen.

— (Mädchenturnen.) Das im Monat Mai wegen zu auffallend wechselnder Witterung sistirt gewesene Mädchenturnen ist seit 10. Juni wieder aufgenommen worden. Dasselbe findet in der Mädchenanstalt der Frl. Rehn in dem bei der Anstalt befindlichen Garten unter der Aufsicht der Institutsvorsteherin und unter Leitung des Turnlehrers des „Laidacher Turnvereins“ C. v. Rhein statt, und zwar jeden Mittwoch und Samstag Nachmittags von 4 bis 5 Uhr. Anweisungen zu diesem Unterrichte wolle man bei der Institutsvorsteherin Frl. Rehn, Fürstentof, machen. Es wird noch besonders zu bemerken sein, daß auch solche Mädchen, die ihren weiteren Unterricht nicht in dieser Anstalt erhalten, zu dem Turnunterrichte zugelassen werden. Bei der Möglichkeit des Turnens für das weibliche Geschlecht und in Anbetracht des billig gestellten Ho-

norats von 1 fl. pro Monat, wäre es wohl wünschenswerth, wenn das Publicum diesem Mädchen-Turninstitut sein Augenmerk zuwenden und im Hinblick auf andere Städte auch hier ein regeres Leben zu Fuß und Frommen der weiblichen Jugend eintreten würde.

— (Eine neue Orgel) für Grafenbrunn (Krajal im Feistritz Bezirk) wurde von Herrn Malahovsky gebaut und in der verfloffenen Woche bereits dort aufgestellt. Das Werk hat im Ganzen 14 Register, wovon 2 von Holz, die übrigen von Zinn, und ist besonders dabei zu bemerken die Anwendung des pneumatischen Gleichgewichtes, durch welches der Wind in alle Theile der Orgel gleichmäßig getrieben und vertheilt wird, und daher Windstörungen verhindert. Die Spielart ist sehr leicht, die Claviatur durchgehend mit einem Octavenzug versehen, die ganze Arbeit eine solide, die von der Tüchtigkeit und Strebsamkeit des Meisters Zeugniß gibt. Der Preis der Orgel ist tausend Gulden.

— (Buchdrucker-Unterstützungscasse.) Die „Tr. Btg.“ schreibt unterm 8. d. M. Gestern Nachmittags fand im Salon Berger unter dem Castell eine Versammlung sämtlicher Triester Buchdruckergehilfen statt, der auch die Principale, beziehungsweise Directoren beiwohnten und die zum Zweck hatte, die schon vor drei Jahren beabsichtigte, damals aber wegen Nichtgenehmigung der Statuten von Seite der hiesigen Statthalterei aufgegebene Gründung einer Kranken-Unterstützungscasse zu bewerkstelligen. Die Statuten wurden verlesen und nach ziemlich lebhafter Debatte angenommen, so daß dem Insistenten dieser für die Mitglieder so außerordentlich wohlthätigen Institution nichts mehr im Wege stehen dürfte.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laidacher Zeitung.“)

Wien, 11. Juni Abends. Aus Belgrad wird die Schreckensbotschaft gemeldet, daß Fürst Michael und dessen Cousine Anca Constantinovitch ermordet, deren Tochter und ein Adjutant aber verwundet wurden. Die Mörder sind drei Brüder Madanovich, von denen einer ergriffen ward. — Der „Moniteur“ meldet: Napoleon hat dem russischen Antrage auf Abschaffung explosibler Kugeln beige-stimmt.

Wien, 10. Juni. Prinz Napoleon speist morgen bei Frn. v. Veust. Zur Tafel ist der Abgeordnete Schindler geladen. Hierauf folgt ein Fest in Laxenburg. Samstag unternimmt der Prinz vielleicht eine Fahrt über den Semmering.

Wien, 10. Juni. Die Interpellation Schindler's in der Affaire Scharf beantwortet Graf Taaffe im Abgeordnetenhaus damit, daß der Kriegsminister versichert, solche Vorfälle kräftig hintanzuhalten. — Für die Laidach-Tarviebahn sprechen Klun und Toman, gegen die Löhninger. Beust ergreift für die Bahn aus nationalen Rücksichten das Wort. Die Slovenen sollen für ihren Eintritt in den Reichsrath belohnt werden; Beust wolle beweisen, daß er kein Slavenseind sei. Plener erklärt sich ebenfalls für den Bahnbau. Das betreffende Gesetz wurde auch in dritter Lesung, und eine Resolution betreffs des Ausbaues der Rudolphsbahn von Villach bis Tarvis und nach Jeffering's Antrag bis nach Oberitalien angenommen. — Finanzminister Breitel meldet, daß die kaiserliche Sanction des Gesetzes über die Controle der Staatsschulden erfolgt sei.

Wien, 11. Juni. Prinz Napoleon reist übermorgen (Samstag) über Olmütz nach Prag, wo er sich kaum über vierundzwanzig Stunden aufhalten wird. Von Prag kehrt der Prinz nach Wien zurück, von wo nach kurzem Aufenthalte die Abreise nach Pest erfolgt.

Belgrad, 10. Juni. Fürst Michael von Serbien wurde heute Nachmittags 5 Uhr während einer Promenade im Parke von Topshider von drei Individuen überfallen und durch Revolverschüsse getödtet. Hier herrscht große Aufregung.

Bukarest, 10. Juni. Die Kammer wird bis zum 22. Juni tagen. Minister Bratiano fertigt den

Abgeordneten Neguza wegen heftiger Ausfälle gegen Oesterreich ab.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Eine Versammlung von Eisenindustriellen fand am Sonntag in Wien statt, um zu berathen, in welcher Weise die Eisenindustriellen der drei Kronländer Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark das ihnen durch den von der Regierung projectirten Verkauf der ärarischen Eisenwerke in Eisenerz und Hieslau drohende Ungemach abwenden könnten. Der mächtige, ja unerschöpfliche Eisenerz, welcher seit Jahrhunderten die Hochöfen von Eisenerz und seit langer Zeit jene von Hieslau mit dem vorzüglichsten Eisenstein speist, war die Grundlage der vielbundertjährigen Industrie, welche den größten Theil der Bevölkerung, dann einen Theil von Untersteiermark ernährt. Die ärarischen Werke von Eisenerz versorgten die zahlreichen Hammer- und Walzwerke, Messer- und Hakensmiede mit einem Materiale, welches sich von keiner anderen Eisengegend ersetzen läßt. Wenn diese Eisenwerke in die Hände von Ausländern oder selbst von großen steirischen Gewerken kämen, so würde dadurch den vielen hundert Eisenhämern und Schmieden der oben erwähnten Länder das Rohmateriale entzogen und mit ihnen die ganze Bevölkerung jener Gegenden erwerblos werden. Es wurde ein Comité gewählt, dem die weiteren Schritte obliegen.

Laibach, 10. Juni. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Getreide, 1 Wagen mit Heu (29 Gr. 12 Pfd.), 42 Wagen und 6 Schiffe (35 Klasten) mit Holz. Durchschnitts-Preise.

	Wtr.	Wtr.		Wtr.	Wtr.
	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen	5 80	6 45	Butter pr. Pfund	40	—
Korn	3 70	3 80	Eier pr. Stück	11	—
Gerste	2 80	3 —	Milch pr. Maß	10	—
Hafer	2 —	2 —	Rindfleisch pr. Pfd.	21	—
Halbfrucht	—	4 42	Kalbsteisch	18	—
Heiden	3 80	3 36	Schweinefleisch	24	—
Hirse	3 —	3 7	Schöpfenfleisch	14	—
Kulturng	—	3 40	Hühner pr. Stück	30	—
Erdäpfel	1 50	—	Tauben	14	—
Linsen	4 20	—	Heu pr. Centner	80	—
Erbsen	4 —	—	Stroh	70	—
Risolen	5 —	—	Holz, hart, pr. Kst.	7	—
Rindschmalz pr. Pfd.	46	—	— weiches	5	—
Schweinefleisch	45	—	Wein, rother, pr. Eimer	10	—
Speck, frisch	44	—	— weißer	12	—
— geräuchert	40	—			

Rudolfswerth, 8. Juni. Die Durchschnitts-Preise stellen sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen per Megen	6 —	—	Butter pr. Pfund	48	—
Korn	3 20	—	Eier pr. Stück	1	—
Gerste	2 80	—	Milch pr. Maß	10	—
Hafer	1 90	—	Rindfleisch pr. Pfd.	24	—
Halbfrucht	5 20	—	Kalbsteisch	22	—
Heiden	2 88	—	Schweinefleisch	—	—
Hirse	2 88	—	Schöpfenfleisch	—	—
Kulturng	3 —	—	Hühner pr. Stück	18	—
Erdäpfel	—	—	Tauben	—	—
Linsen	4 80	—	Heu pr. Centner	1 50	—
Erbsen	—	—	Stroh	1 10	—
Risolen	5 70	—	Holz, hartes, pr. Kst.	6	—
Rindschmalz pr. Pfd.	40	—	— weiches	—	—
Schweinefleisch	45	—	Wein, rother, pr. Eimer	5 50	—
Speck, frisch	—	—	— weißer	4 50	—
Speck, geräuchert, Pfd.	35	—			

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Juni	Zeit	Barometerstand	Temperatur	Wind	Niederschlag
		in Paris	auf 30 Grad		in Linien
6. d. M.	Reg.	326.21	+11.4	windstill	trübe
10. d. M.	Reg.	326.03	+14.3	windstill	trübe
10. d. M.	Ab.	326.44	+12.7	windstill	trübe
11. d. M.	Reg.	326.13	+12.6	windstill	trübe
11. d. M.	Reg.	326.10	+14.0	windstill	Regen
12. d. M.	Ab.	325.92	+13.0	SD. schw.	Regen

Den 10.: Wolkendecke tagüber geschlossen. Wolkenzug aus SD. Den 11.: Regen seit Vormittag 8 Uhr mit geringen Unterbrechungen bis in die Nacht anhaltend. Die nächsten Berge in Nebel gehüllt. Das Tagesmittel der Wärme am 10. um 1.8°, am 11. um 1.4° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht.

Wien, 9 Juni. Staatsfonds aller Gattungen folgten auch heute einer steigenden Tendenz. Industriepapiere waren fest und Devisen und Valuten merklich billiger. Geld flüßig. Umsatz limitirt.

Öffentliche Schuld.		B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.=Entl.=Oblig.		Geld Waare		Geld Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)							
	Geld Waare						
Zu d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	54.90 55 10	Niederösterreich zu 5%	86.— 86 25	Süd-St.-L.-ven. u. z. i. C. 200 fl.	175.50 175.75	Paffio zu 40 fl. CM.	26 25 26.50
Zu österr. Währung steuerfrei	59 — 59.10	Oberösterreich „ 5 „	87.50 88.—	Gal. Karl-Lud.-B. 200 fl. CM.	157.50 157.75	Clary „ 40 „ „	27.75 28.25
Steuerveranlassen in öst. W.	94.50 95.—	Salzburg „ 5 „	87.— 88.—	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	147.50 148.—	St. Genois „ 40 „ „	24.— 24.50
Silber-Anleihen von 1864	69.— 70.—	Böhmen „ 5 „	91.50 92.50	Öst. Don.-Dampfsch.-Ges.	505.— 507.—	Windischgrätz „ 20 „ „	18.50 19.—
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb.	— — —	Mähren „ 5 „	88.00 89.—	Österr. Lloyd in Triest	233.— 235.—	Waldstein „ 20 „ „	22.— 22.50
in 37 J. zu 5pCt. für 100 fl.	75.50 76.50	Schlesien „ 5 „	88.50 89 50	Wien-Dampfsch.-Actg.	350.— 360.—	Regelbach „ 10 „ „	13.25 13.75
Nat.-Anl. mit Zin.-Coup. zu 5%	64.— 64 25	Steiermark „ 5 „	88.— 88.50	Pester Kettenbrücke	395.— 400.—	Rudolf-Stiftung 10 „ „	14.— 14.50
„ „ „ Apr.-Coup. „ 5 „	63.65 63.75	Ungarn „ 5 „	75.75 76.50	Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	133.— 133 50	W e c h s e l. (3 Monate.)	
Metalliques „ 5 „	57.40 57.60	Lemmer-Bauat „ 5 „	73.— 73.50	Lemberg Czernowitzer Actien	175.50 179.—	Augsburg für 100 fl. südd. W.	96.80 97.—
„ „ „ „ „ 4 „	51.75 52.—	Croatien und Slavonien „ 5 „	74.50 75.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)		Frankfurt a. M. 100 fl. detto	97.— 97.20
Mit Berlos. v. J. 1839	161 — 162.—	Galizien „ 5 „	64.80 65.25	Nationalbank auf verlosbar zu 5%	96 60 96.90	Hamburg für 100 Mark Banco	85.80 86.—
„ „ „ „ 1854	79.— 79 50	Siebenbürgen „ 5 „	69.75 70.25	„ „ „ „ „ „	— — —	London für 100 Pf. Sterling	116 25 116.35
„ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	83.10 83 20	Bukovina „ 5 „	64.75 65.25	Nationalbank auf verlosb. 5 „	92.10 92.30	Paris für 100 Franken	46.05 46.15
„ „ „ „ 1860 „ 100 „	92 25 92 75	Ung. m. d. B.-C. 1867 „ 5 „	72.50 72.75	„ „ „ „ „ „	92.25 92.75	Cours der Geldsorten	
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	86.— 86 20	Rem. B. m. d. B.-C. 1867 „ 5 „	71.75 72.25	„ „ „ „ „ „	100.— 100 50	R. Münz-Ducaten 5 fl. 54 kr.	5 fl. 55 kr.
Como-Rentensch. zu 42 L. aust.	21 50 22 50	Actien (pr. Stück).		„ „ „ „ „ „	100.— 100 50	Napoleon'sdr 9 „ 26 „	9 „ 26 „
Domainen Sperec in Silber	106.75 107.25	Nationalbank	707.— 708.—	„ „ „ „ „ „	100.— 100 50	Russ. Imperials 9 „ 60 „	9 „ 61 „
		R. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. d. W.	173.— 177.40	„ „ „ „ „ „	100.— 100 50	Bereinsthaler 1 „ 71 „	1 „ 71 „
		Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	187.30 187.40	„ „ „ „ „ „	100.— 100 50	Silber 114 „ 25 „	114 „ 50 „
		N. d. Escom.-Ges. zu 500 fl. d. W.	67.— 69.—	„ „ „ „ „ „	100.— 100 50	Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Prät.	
		S.-C.-G. zu 200 fl. CM. o. 500 fl.	254 70 254 90	„ „ „ „ „ „	100.— 100 50	votnotirung: 86½ Geld, 87½ Waare.	
		Kais. Elif. Bahn zu 200 fl. CM.	148.50 149.—	„ „ „ „ „ „	100.— 100 50		
		Süd.-nordb. Ver.-B. 200 „	142.90 143.—	„ „ „ „ „ „	100.— 100 50		